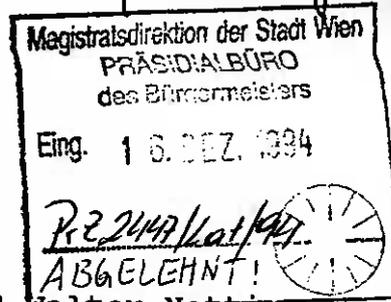


Vorschlag Ablehnen



Abänderungsantrag

der ÖVP-Abgeordneten Dr. Matthias Tschirf und ~~Walter Nettig~~,
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 16.12.1994,
betreffend Post 2, Wiener Landesvergabegesetz.

Die Regierungsvorlage zum Wiener Landesvergabegesetz sieht im
Gegensatz zu den Grundsätzen der Europäischen Gemeinschaft die
Möglichkeit des Nachverhandelns im § 42 Abs. 2 vor. Es gilt eine
EG-rechtskonforme Lösung im Sinne des Bundesvergabegesetzes zu
finden.

Die gefertigten ÖVP-Abgeordneten stellen gemäß § 36 Abs. 2 der
Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

Abänderungsantrag:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

"Der Entwurf eines Gesetzes über die Vergabe von Aufträgen für
Lieferungen, Bau- und Dienstleistungen (Wiener Landesvergabe-
gesetz - WLVerG) wird wie folgt geändert:

Der § 42 Abs. 2 lautet: "Während des offenen oder nicht offenen
Verfahrens darf mit den Bietern über eine Angebotsänderung nicht
verhandelt werden."

Franz Kahr
 ...
 ...